

„Brücke zwischen beiden Ländern“

Parlamentariergruppe zu Gast in Botschafterresidenz

Von Marcus Christoph

Buenos Aires (AT) - „Sie sind eine wichtige Brücke zwischen unseren beiden Ländern.“ Mit diesen Worten würdigte der deutsche Botschafter Jürgen Christian Mertens die parlamentarische Freundschaftsgruppe des argentinischen Kongresses, die der Diplomat am Dienstag in seine Residenz im Buenos-Aires-Stadtteil



Botschafter Jürgen Christian Mertens (hinten, 2.v.r.) mit den Mitgliedern der parlamentarischen Freundschaftsgruppe.

Belgrano eingeladen hatte. Durch ihre Arbeit trage die Gruppe zum gegenseitigen Verstehen und zur Vertiefung der Beziehungen zwischen Deutschland und Argentinien bei, lobte Mertens.

Ziel des Treffens in der Residenz war es, Kontakte zu Vertretern in Buenos Aires ansässiger deutscher Institutionen und Unternehmen herzustellen. Dazu rechnen politische Stiftungen, aber auch Wirtschaftsrepräsentanten wie der neue Geschäftsführer von Mercedes-Benz Argentina, Manuel Mantilla.

An der Spitze der Parlamentariergruppe steht mit der

deutschstämmigen Cornelia Schmidt-Liermann (PRO) eine Abgeordnete, die perfekt Deutsch spricht und die selber enge familiäre Bindungen nach Deutschland hat. Insgesamt gehören 26 Parlamentarier der Gruppe an, einige von ihnen ebenfalls mit deutschen Wurzeln. Auf deutscher Seite gibt es im Bundestag eine Parlamentariergruppe für

die Cono Sur-Staaten, zu denen neben Argentinien auch Chile, Paraguay und Uruguay zählen.

Mertens hob in seiner Ansprache die „unermüdliche Bereitschaft“ der hiesigen Freundschaftsgruppe hervor, Delegationsbesuche aus Deutschland im Kongress zu empfangen. Der Botschafter betonte, dass parlamentarische Freundschaftsgruppen idealerweise nicht parteipolitisch zergliedert sind. Stattdessen gebe es ein parteiübergreifendes Interesse, die Beziehungen mit Politikern des

► Inhalt

Klicken Sie bitte auf den Titel des gewünschten Artikels oder die gewünschte Rubrik

Argentinien

- Regierung lädt zu Gesprächen.....3
- Die Woche in Argentinien.....4

Meinung

- Krisenangst5
- Im Blickfeld:
Von Bagdad nach Stambul6
- Randglossen7

Wirtschaft

- Steuereinnahmen im Mai: +51,3%8
- Argentinien9
- Lateinamerika11
- Geschäftsnachrichten.....12
- Ist Stabilisierung mit Wachstum
statt Rezession möglich?13
- Der internationale
Währungsfonds und Argentinien15

jeweiligen Partnerlandes zu pflegen.

Als Ehrengast des Abends war der einstige Vizepräsident Argentiniens, Julio Cobos, in die Residenz gekommen. Der Politiker der Radikalen Bürger Union (UCR) aus der Provinz Mendoza steht heute im Senat dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten vor. Cobos äußerte seine „tiefe Bewunderung für Deutschland“. Es zeichne sich durch seine Arbeitskultur und die Fähigkeit aus, Schwierigkeiten zu überwinden - wie etwa die Integrationsleistung nach dem Fall der Mauer gezeigt habe.

Deutschland sei Motor der Europäischen Union und ein Beispiel für die Welt, meinte der Senator. „Wir

können viel von diesem gut organisierten Land lernen.“ Treffen wie das aktuelle seien wichtig zur Pflege der Freundschaft und zur Vertiefung der Beziehungen, meinte Cobos.

Der Politiker war zwischen 2007 und 2011 der Vize der damaligen Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner. Mit dieser geriet Cobos 2008 im Zuge des Streits um Exportzölle für den Agrarsektor aber derart in Konflikt, dass er die verbleibenden Amtsjahre in Opposition zur Staatschefin stand.

IMPRESSUM

Argentinisches Tageblatt

- ▶ Verlag und Verwaltung: Ciudad de La Paz 1410
C 1426 AHB Buenos Aires
- ▶ Telefon/Fax: (5411) 4782-5104 / 4785-0227 /
4780-4353
- ▶ Internet: www.tageblatt.com.ar
- ▶ E-Mail: info@tageblatt.com.ar
atda@tageblatt.com.ar
(Digitale Ausgabe)
vereine@fibertel.com.ar
(Gemeinschaften)
atpublicidad@fibertel.com.ar
(Anzeigenabteilung)
atsuscripciones@fibertel.com.ar
(Abonnements)
- ▶ Twitter! @ATdeBuenosAires
- ▶ Facebook [argentinischestageblatt](https://www.facebook.com/argentinischestageblatt)

Redacción y Administración:
Ciudad de La Paz 1410 - C 1426 AHB, Buenos Aires

Propiedad de: ALEMANN S.R.L.

Director: Dr. Roberto T. Alemann

Reg. Nacional de la Propiedad Intelectual: N° 47.261.704

„...mit echtem Freisinn und unerschütterlicher Überzeugungstreue die Deutschsprechenden im Lande den Weg des Fortschritts und der Freiheitsliebe zu führen“

Argentinisches Tageblatt, Nr. 1 (29. April 1889)



**Medienpreis
Dialog für
Deutschland
2012**



**Swiss
Award 2013**

Regierung lädt zu Gesprächen

Konsens mit Opposition in grundlegenden Fragen angestrebt

Buenos Aires (AT/mc) - Die Regierung versucht derzeit, mit der Opposition ins Gespräch zu kommen. Präsident Mauricio Macri verschickte Anfang der Woche Einladungen an die wichtigsten Oppositionspolitikerinnen und -politiker, unter ihnen Macris Amtsvorgängerin Cristina Fernández de Kirchner. Auch Vertreter wichtiger gesellschaftlicher Institutionen und Einrichtungen wie die Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sollen genauso wie die Gouverneure der Provinzen dabei sein.

Bei den Unterredungen soll ein Grundkonsens gefunden werden, der „wirtschaftliche Beruhigung für jetzt und für die Zukunft“ sicherstellt. Dabei strebt die Regierung zunächst vor allem Einzelgespräche an. Eine große Runde aller Beteiligten wird aber ebenfalls nicht ausgeschlossen.

Die Regierung hat eine Liste mit zehn Themen erstellt, die in der gegenwärtigen ökonomischen Krisensituation Priorität haben. Dazu gehören: eine ausgeglichene Haushaltsbilanz, die Zentralbank, Rechtssicherheit, Integration in die Weltmärkte, Arbeitsrechtsreform, Steuersenkungen, Renten, Föderalismus, staatliche Statistiken sowie die Staatsschulden. Am Ende soll ein Abkommen stehen, auf das sich alle zum Wohle des Landes verständigen.

Wie Mauricio Macri in seinem Einladungsschreiben formulierte, handele es sich bei der Initiative nicht darum, ein Wahlkampfprogramm zu formulieren. Es sei vielmehr als Einladung zur Diskussion zu verstehen. Der Staatschef appellierte dabei an die „demokratische Reife“ aller Beteiligten. Es gehe darum, ein Beispiel der Einigung abzugeben mit dem Ziel, den Bürgern im Land wieder Ruhe zu geben.

Ob die Regierung mit ihrem Ansinnen Erfolg hat, bleibt abzuwarten. Sergio Massa, der Anführer der oppositionellen Erneuerungsfrente (FR), brachte bereits seine Skepsis zum Ausdruck: „Was Argentinien derzeit benötigt, ist



Mauricio Macri lädt zu Gesprächen ein.

nicht Marketing mit Blick auf die Wahlen, sondern echte Staatspolitik.“

Massa attestierte der Regierung „Sturköpfigkeit“: „Sie wiederholen ein ums andere Mal, dass es keine anderen Weg als den ihren gibt. Aber wir wissen, dass es Alternativen gibt.“

Der als Präsidentschaftskandidat gehandelte Roberto Lavagna zeigte sich grundsätzlich dialogbereit. Er forderte jedoch, dass die Gespräche losgelöst vom Wahlkampf geführt werden müssten und die Regierung grundsätzlich auch bereit sein sollte, in bestimmten Fragen nachzugeben.

Die Woche in Argentinien

Anschlag auf Abgeordneten

Der Abgeordnete Héctor Olivares (61) (Foto) ist gestern bei einem Anschlag schwer verletzt worden. Sein Berater Miguel Marcelo Yadón (58) wurde bei dem Attentat getötet, wie der Nachrichtensender TN berichtete. Der Berater hatte demnach den Abgeordneten auf den Platz vor dem Kongress bei seiner Morgengymnastik begleitet. Die Angreifer feuerten nach dem Bericht mindestens 13 Schüsse aus einem geparktem Auto ab, in dem sie danach unbehelligt flüchteten. Die Regierung geht mittlerweile davon aus, dass Yadón das eigentliche Ziel des Anschlags gewesen sei. Sicherheitsministerin Patricia Bullrich argumentierte, die Täter hätten auch Gelegenheit gehabt, Olivares zu töten, es aber schließlich nicht gemacht. Die Ministerin erklärte, den Tätern dicht auf der Spur zu sein.



Oliveras gehört der Radikalen Bürgerunion (UCR) an, die Teil der Regierungskoalition von Präsident Mauricio Macri ist. Der Staatschef verurteilte den Anschlag. Olivares war an der Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage beteiligt, welche die Gewalttätigkeit von Fußballfans unterbinden soll und ist Vorsitzender des Transport-Ausschusses der Abgeordnetenkammer.

Oliveras gehört der Radikalen Bürgerunion (UCR) an, die Teil der Regierungskoalition von Präsident Mauricio Macri ist. Der Staatschef verurteilte den Anschlag. Olivares war an der Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage beteiligt, welche die Gewalttätigkeit von Fußballfans unterbinden soll und ist Vorsitzender des Transport-Ausschusses der Abgeordnetenkammer.

Hausdurchsuchungen

Hausdurchsuchungen bei der Lkw-Fahrer-Gewerkschaft (Camioneros): Am Montag inspizierte die Gendarmerie insgesamt neun Gebäude der einflussreichen Arbeitnehmervertretung, die von Hugo Moyano und seinem Sohn Pablo geleitet wird. Im Fokus der Ermittlungen stand vor allem Moyano jun., dem zur Last gelegt wird, Anführer einer kriminellen Vereinigung zu sein. Konkret geht es um Vorwürfe, Moyano jun. habe die Präsidentschaft seines Vaters beim Fußballclub Independiente de Avellaneda für illegale Machenschaft ausgenutzt. Dies sei vor allem durch den Schwarzdruck von Eintrittskarten erfolgt, so

die Einschätzung der Staatsanwaltschaft. Pablo Moyano, seines Zeichens stellvertretender Chef der Lkw-Fahrer, sieht sich hingegen als Opfer politischer Einschüchterung. An die Adresse der nationalen Sicherheitsministerin Patricia Bullrich gerichtet, fragte Moyano jun.: „Schmerzt Sie der Streik vom 30. April?“ Er kündigte an, die von der Regierung angestrebte Arbeitsrechtsreformen nicht mittragen zu wollen. Und sein Vater Hugo sprang seinem Sohn rhetorisch bei: „Sie behandeln uns wie Kriminelle. Aber die wirklichen Kriminellen sitzen in Balcarce 50“, so der Generalsekretär der Lkw-Fahrer mit Bezugnahme auf die Adresse des Präsidentenpalastes.

Hatz auf Uber-Fahrer

Der Fahrdienstvermittler Uber bleibt ein großes Reizthema: Samstagabend kam es in Buenos Aires auf der Straße Carlos Pellegrini nahe dem Obelisken zu Handgreiflichkeiten zwischen regulären Taxifahrern und einem venezolanischen Uber-Chauffeur, der Unterstützung von herbeigeeilten Landsleuten erhielt. Die Taxifahrer hatten das Uber-Fahrzeug als solches identifiziert und zwangen es auf gewaltsame Weise zum Anhalten. Der Fahrer rief Verstärkung - andere Venezolaner, die für verschiedene Lieferdienste arbeiten und schnell vor Ort sein konnten. Es entwickelte sich eine Schlägerei, die erst durch die städtische Polizei beendet werden konnte. Deren Eintreffen hatte sich durch das Verkehrschaos verzögert, das durch die Auseinandersetzung entstanden war. Den regulären Taxifahrern ist Uber seit dessen Einführung in Argentinien ein Dorn im Auge. Sie beklagen, dass der Fahrdienstvermittler ihr Geschäft auf illegale Weise untergrabe. Die Justiz in der Hauptstadt sieht dies anders. Ende vorigen Jahres urteilte ein Gericht, dass die Tätigkeit des Fahrdienstvermittlers nicht gegen geltendes Recht verstoße.

Norwegian Air unzufrieden

Die norwegische Billigfluggesellschaft „Norwegian Air“ erwägt offenbar, sich aus Argentinien zurückzuziehen. Dies berichtet das Luftfahrtnachrichtenportal aero.de. Demnach gebe Norwegian Air-Finanzchef Geir Karlson seiner Airline noch bis August Zeit, um schwarze Zahlen zu schreiben. „Wenn wir bis dahin keinen Ge-

winn machen, entscheiden wir uns“, zitiert das Portal den Manager. Norwegian Air ist seit Oktober letzten Jahres mit Inlandsflügen in Argentinien aktiv. Im Zuge der Liberalisierung des argentinische Luftfahrtmarktes erhielt die Fluggesellschaft die Erlaubnis, mehr als hundert Routen zu bedienen. Gleichwohl blieb das bisherige Engagement hinter den Erwartungen zurück. Die hiesige Luftfahrtinfrastruktur sei nicht auf ein schnelles Wachstum vorbereitet, berichtet das Portal. Hinzu komme die allgemein schlechte Wirtschaftslage und der Umstand, dass Norwegian Air mit dem Startup-Unternehmen Flybondi einen harten Konkurrenten habe, das mit Niedrigstpreisen um Kunden buhlt.

Elektroschockpistolen

Die Polizei wird in Kürze Elektroschockpistolen einsetzen. Dies gab die Nationalregierung am Dienstag bekannt. In weniger als 60 Tagen sollen Bundes-, Hauptstadt-, Flughafen- und Wasserschutzpolizei sowie die Gendarmerie entsprechend ausgestattet werden. Vor allem in Bereichen, wo viele Menschen sind, ist der Einsatz der nicht-tödlichen Waffe geplant. Das Risiko, dass Unbeteiligte bei Polizeimaßnahmen in Mitleidenschaft gezogen werden, soll so verringert werden. Die Elektroschockpistole kann im Distanz- und im Kontaktmodus eingesetzt werden. Im ersten Fall werden Projektile abgeschossen, im zweiten Fall werden Elektroschocks abgegeben.

Bonadio erkrankt

Claudio Bonadio ist möglicherweise ernsthaft erkrankt. Wie das Online-Portal perfil.com berichtete, habe sich der Bundesrichter krankheitsbedingt eine Auszeit bis Mitte Mai genommen. Hieß es zunächst, Grund sei ein Gehirntumor, war später zu vernehmen, es könne sich auch um eine Zyste handeln. Fakt scheint aber zu sein, dass Bonadio an einer Gehirnerkrankung leidet. Der Fall ist auch von großer politischer Bedeutung. Schließlich leitet der Richter die wichtigsten Korruptionsermittlungen gegen Ex-Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner.

(AT/mc)

Krisenangst

Von Juan E. Alemann

Argentinien befindet sich in einer tiefen Krise. Es ist mehr als eine Wirtschaftskrise, mehr als die ausgeprägte Rezession, die hohe Inflation, die hohe Arbeitslosigkeit, die Schließung von Unternehmen am laufenden Band, die hohe Staatsquote und der übertriebene Steuerdruck, die hohen Zinsen und die Probleme der Staatsverschuldung und des Defizits der Staatsfinanzen. Es ist eine Gesellschaftskrise, bei der der institutionelle und politische Aufbau der Gesellschaft in Frage gestellt wird.

Wenn es nicht gelingt, eine Gesellschaft aufzubauen, wie sie weltweit in den zivilisierten Staaten besteht, dann läuft Argentinien Gefahr, in einen chaotischen Zustand zu geraten, der ein böses Ende nimmt. Was in Venezuela gegenwärtig geschieht, zeigt wie leicht so etwas möglich ist. Hugo Chávez und Nicolás Maduro wollten diese Megakrise bestimmen nicht. Aber sie kam als unvermeidliche Folge des eingeschrittenen Weges, der in einer kommunistischen Gesellschaftsordnung enden sollte. Dass das Geschehen in Venezuela ständig im Fernsehen übertragen wird, hilft Macri. Denn für die Kirchners war Chávez ein Vorbild und ein enger Partner, und auch jetzt nehmen Sprecher von Cristina für den ehemaligen Busfahrer Maduro Stellung, der als Symbol des Zusammenbruchs gilt.

Der Weg vom gegenwärtigen Krisenzustand zum Zusammenbruch ist in Argentinien viel kürzer als allgemein angenommen wird. Wenn die Inflation nicht eingedämmt wird, dann kommt es kurzfristig zur Hyperinflation. So war es bei den drei Hyperinflationen, die Argentinien schon erlebt hat, mit Höhepunkt jeweils im März der Jahre 1976, 1989 und 1990, denen wenige Monate vorher eine Inflation voranging, wie wir sie jetzt erleben. Wenn die Auswirkungen nicht viel schlimmer waren, so deshalb, weil diese Hyperinflationen kurz waren, im Gegensatz zur deutschen Hyperinflation von 1923, die lange dauerte. 1976 wurde die Entwicklung durch die Übernahme der

Regierung durch die Militärs überwunden, 1989 durch den Regierungswechsel von Alfonsín auf Menem, und 1990 durch einen drastischen Kurswechsel, der Menem zum Staatsmann machte. In Krisenzeiten zeigt ein Präsident sein Format. Das gilt auch jetzt für Macri.

Nicht nur die Regierung und die Koalition Cambiemos machen sich Sorgen über dies und überlegen sich, wie man die Lage einrenken kann. Auch viele Spitzenpolitiker des Peronismus wittern Gefahr und befürchten, dass es zu einer Lage kommt, die auch sie nicht beherrschen könnten, sollten sie an die Macht gelangen. Auf dieser Grundlage versucht die Regierung über Innenminister Rogelio Frigerio eine Einigung über zehn Grundsatzpunkte mit Oppositionspolitikern zu erreichen, an erster Stelle, dass die Staatsschulden anerkannt und bezahlt werden. Es war nicht zu erwarten, dass die die Oppositionspolitiker sich einfach anschließen. Die Politik hat ihre eigenen Regeln. Doch schließlich dürfte es zu einer Kompromisslösung kommen, bei der es im Wesen um die Bestätigung der Grundlagen einer modernen Gesellschaft geht. Im Grunde wollen die peronistischen Politiker auch die bestehende Gesellschaftsordnung erhalten, mit Marktwirtschaft und einem starken sozialistischen Einschlag, und somit beschränkt sich die Diskussion schließlich auf konkrete Aspekte der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Ob die Cristinisten bereit sind, sich diesen Grundlagen einer zivilisierten Gesellschaft anzuschließen, ist zweifelhaft. Denn im Wesen sind sie die politischen Nachfolger der Montonero-Terroristen, die für eine Art kommunistische Gesellschaftsordnung eintraten und dabei als erstes die Verfassung ändern und die Unabhängigkeit der Justiz abschaffen wollen. Was ihre Sprecher, Mempo Giardinelli und Francisco Durañona, unlängst ohne Umschweife gesagt haben.

Im Blickfeld

Von Bagdad nach Stambul

Von Stefan Kuhn

Es ist ein Skandal, ein Anschlag auf die Demokratie. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat die Hohe Wahlkommission des Landes dazu gebracht, die Kommunalwahl in Istanbul zu annullieren. Sie soll in rund 50 Tagen wiederholt werden.

Erdogans konservativ-islamistische AKP hatte das wirtschaftliche und kulturelle Zentrum der Türkei ein Vierteljahrhundert lang regiert. Erdogan selbst begann seine politische Karriere als Bürgermeister von Istanbul. Bei den Kommunalwahlen vom 31. März hatte Ekrem Imamoglu, der Kandidat der sozialdemokratischen CHP, mit 24.000 Stimmen Vorsprung gewonnen. Nach einer Neuauszählung fiel der Sieg noch knapper aus, aber der Vorsprung betrug immer noch einige tausend Stimmen. Die AKP hatte für den prestigeträchtigen Posten immerhin den Ex-Premier Binali Yildirim aufgeboten. Für Erdogan bedeutete die Niederlage einen Gesichtverlust, den er über die Hohe Wahlkommission wieder ausbügeln wollte. „Wir glauben, dass es bei den Wahlen in Istanbul organisierte Korruption, Unstimmigkeiten und komplette Rechtlosigkeit gab“, begründete der Präsident den AKP-Antrag auf Annullierung der Wahl.

Die offizielle Begründung der Wahlwiederholung steht zwar noch aus, aber es ist offensichtlich, dass Erdogans Argumenten die Grundlage fehlt. Sie legen nahe, dass die Opposition in einer Stadt Wahlen manipulieren kann, in der Erdogans AKP seit 25 Jahren an der Macht ist. Die halboffizielle Begründung, dass bei der Wahl gegen ein unter Erdogan geschaffenes Gesetz verstoßen wurde,

nach dem nur Staatsbeamte Wahlgremien vorstehen können, hat zwar eine rechtliche Grundlage, ist aber fast noch lächerlicher. Zum Einen hat die Hohe Wahlkommission selbst die Zusammensetzung der Gremien genehmigt, zum Anderen wären bei einer entsprechenden Auslegung des Gesetzes das Verfassungsreferendum und die folgende Wahl Erdogans zum Präsidenten ungültig. Türkische Oppositionsparteien haben bereits einen Antrag gestellt, diese Urnengänge ebenfalls zu annullieren. Gut, das ist allenfalls ein PR-Gag, denn die Hohe Wahlkommission hat bewiesen, dass sie ein Instrument Erdogans ist.

Die Chancen für Ekrem Imamoglu, die für den 23. Juni angesetzten Wahlen noch deutlicher zu gewinnen, stünden eigentlich gut. Es dürfte eine Stichwahl werden, denn andere Oppositionskandidaten haben bereits ihren Verzicht erklärt. Das heißt, mehr Stimmen für Imamoglu. Dazu kommt die Wut vieler Wählerinnen und Wähler über die Annullierung der Wahl. Die Schmach für Erdogan müsste dementsprechend noch größer sein. Warum lässt er also eine Wahl wiederholen, die er noch deutlicher verlieren wird? Nun, er wird dafür sorgen, dass er sie gewinnt.

Bringen dürfte ihm das wenig. Allein die Ankündigung der Wiederholung einer Kommunalwahl sorgte für einen Kurssturz der türkischen Lira. Die Märkte werten dies als endgültiges Abgleiten in einen unkalkulierbaren Autoritarismus.

Randglossen

Diesen Sonntag finden Wahlen in Córdoba statt, bei denen Gouverneur Juan Schiaretti voraussichtlich wiedergewählt wird. Dabei wird im peronistischen Lager davon ausgegangen, dass er sich danach um die Einigung des jetzt verzettelten Bereichs des nicht kirchneristischen Peronismus kümmern wird, der "Alternativa Federal" getauft wurde. Es ist höchste Zeit, dass die Spitzenpolitiker des traditionellen Peronismus, also Schiaretti, Massa, Urtubey, Uñac, Bordet, Pichetto und auch Lavagna u.a. entscheiden, wen sie als Präsidentschaftskandidaten aufstellen, um eine echte Alternative zu Macri und Cristina zu schaffen, die eine gute Möglichkeit hat, die Wahlen zu gewinnen. Sie können nicht bis zu den PASO-Wahlen warten, die erst im August stattfinden, bei denen es um die Kandidaten der einzelnen Parteien geht. Denn die Wahlkampagne befindet sich schon in vollem Gang.

Entwarnung oder Enttäuschung, zumindest vorläufig. Es kommt auf den Blickwinkel an. Donald Trump ist nicht Al Capone, der US-Gangster, den man wegen seiner Steuervergehen drankriegte. Trump wehrt sich nicht so vehement gegen die Herausgabe seiner Steuerunterlagen, weil er Nachzahlungen befürchtet, er hat Angst um seinen selbstgebastelten Ruf als bester Dealmaker

aller Zeiten. Er, der Autor des Bestsellers „Die Kunst des Erfolgs“, soll in den 1980er- und 1990er-Jahren nach neuesten Unterlagen Milliardenverluste gemacht haben. Das darf nicht sein. Trump erklärt diesen Misstand damit, dass damals jeder seine Gewinne herunter gerechnet habe. Das wiederum ist fast eine Selbstanzeige.

Trumpp verleugnet ja gerne seine deutsche Herkunft, aber das müsste er gar nicht tun. Das Geprotze mit seinem Reichtum ist so was von Undeutsch. Reiche in Deutschland prahlen nicht mit ihrem Reichtum, das tun nur „Neureiche“. Aber vermutlich täte man den US-Milliardären auch Unrecht, wenn man sie der Prahlerei bezichtigen würde. Bill Gates und Co. prahlen in der Regel nicht, sondern tun Gutes mit ihrem Reichtum. Trump ist da wohl ein Einzelfall, er will einfach dazugehören. Vielleicht schämt er sich, weil er nur Multimillionär und kein Milliardär ist. Das muss er nicht. Er hat viel mehr geleistet als Menschen, die mit Können und Talent zu Milliarden gekommen sind. Trump hat es als unterdurchschnittlich begabtes Großmaul zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gebracht.

Steuereinnahmen im Mai: +51,3%

Die gesamten Steuereinnahmen des Bundesstaates, einschließlich Zöllen, Sozialabgaben und Gebühren, lagen im Mai 2019 mit \$ 357,36 Mrd. um 51,3% über dem gleichen Vorjahresmonat. In 4 Monaten 2019 waren es \$ 1,38 Bio., 41,9% über dem Vorjahr. Die Steuereinnahmen sind somit im April viel stärker als in den Vormonaten gestiegen, liegen jedoch immer noch leicht unter der Inflation. Bei Inflationssprüngen verliert der Fiskus unmittelbar, auch wenn die Inflation dem Staat auch zusätzliche Einnahmen bringt.

Die Entwicklung war im Einzelnen wie folgt:

► **GEWINNSTEUER:** \$ 72,78 Mrd., +75,0%. Diese starke Zunahme ist inflationsbedingt, weil die Unternehmen auch Steuern auf inflationäre Buchgewinne berechnen müssen, und physische Personen in eine höhere Stufe rutschen.

► **MEHRWERTSTEUER:** \$ 117,2 Mrd., +41,9%. Hier hat sich die Rezession ausgewirkt, die besonders dauerhafte Konsumgüter, an erster Stelle Automobile, betrifft, bei denen die Hinterziehung minimal ist. Dennoch stieg die vom Steueramt direkt eingenommene MwSt. um 55%, also etwa im Gleichschritt mit der Inflation, während die vom Zollamt einbehaltene MwSt. nur um 16,5% zunahm, nachdem der Importbetrag (in Dollar) stark zurückging.

► **INTERNE STEUERN:** \$ 7,01 Mrd., +1,1%. Real hat hier ein

starker Rückgang, von über einem Drittel, eingesetzt. Diese Steuern schließen an erster Stelle die Zigarettensteuer ein, und weit danach die Steuer auf alkoholische Getränke und Luxusgüter. Wenn dies zum Ausdruck bringt, dass weniger geraucht wird, ist der Fall in Ordnung. Aber zumindest zum Teil handelt es sich hier um einen erhöhten Zigarettschmuggel, vornehmlich aus Paraguay.

► **EXPORTZÖLLE:** \$ 23,82 Mrd., +171,3 Mrd. Der Sprung ist auf die Mitte 2019 erfolgte Einführung eines allgemeinen Exportzolls zurückzuführen.

► **IMPORTZÖLLE:** \$ 8,64 Mrd., +10,7%. Hier spiegelt sich der aktive Importrückgang, der beim Pesobetrag durch die Abwertung mehr als ausgeglichen wurde.

► **SCHECKSTEUER:** \$ 23,68 Mrd., +55,1%. Der Erlös dieser Steuer ist etwa wie die Inflation gestiegen, obwohl der Umfang der Zahlungen wegen der Rezession abgenommen hat. Es wurde somit mehr über Belastung von Bankkonten (durch Karten, Schecks und Überweisungen) gezahlt.

► **SOZIALBEITRÄGE:** \$ 91,29 Mrd., +33,7%. Die Zunahme entspricht den Lohnerhöhungen, ist aber wegen der Abnahme der legal Beschäftigten und der erhöhten Säumigkeit etwas geringer als diese.

Argentinien

Der Dollarkurs schloss am Mittwoch zu \$ 46,33, gegen \$ 44,92 in der Vorwoche. In den vorangehenden Tagen war der Dollarkurs noch höher. Die ZB verkaufte Dollar auf Termin, um den Kurs zu drücken. Ebenfalls wurden weiter hohe Zinsen auf Leliq-Schatzscheine gezahlt, die jedoch mit 72,82% um 3,67 Prozentpunkte unter der Vorwoche lagen. Die ZB-Reserven lagen am Mittwoch bei u\$s 68,76 Mrd., gegen u\$s 72,33 Mrd. in der Vorwoche, was auf die Amortisation von Staatstiteln in Dollar zurückzuführen ist. Von den Reserven können etwa u\$s 20 Mrd. für Kurspflege eingesetzt werden, eventuell auch für Kauf argentinischer Staatspapiere, die an der Börse von New York gehandelt werden. Der Rofex-Terminkurs zum 31.3.20 lag bei \$ 69,40, was einen Jahreszinssatz von 62,13% zum Ausdruck bringt.

Der Merval-Aktienindex der Börse von Buenos Aires verzeichnet in einer Woche zum Mittwoch eine Zunahme von 14,22%, so dass er jetzt um 11,50% über Ende 2018 liegt. Börsenmakler wiesen darauf hin, dass dies auch auf die Amortisation des Staatstitels Bonar 2024 zurückzuführen sei, weil das Geld dann auch in argentinischen Aktien angelegt wurde, die daraufhin im Kurs stiegen. Dabei trat eine leichte Verringerung der Landesrisikorate ein.

Auch die Staatstitel standen in einer Woche zum Mittwoch im Zeichen der Hausse. Die Entwicklung war im Einzelnen wie folgt: Argentinien 2019: +2,30%; Argentinien 2021: +1,60%; Argentinien 2026: +3,52%; Argentinien 2046: +3,21%; Bonar 2024: +4,54%.

Die Geldmenge, gemessen als monetäre Basis (Banknoten im Umlauf plus Bankdepositen bei der ZB) stieg in 12 Monaten zum 6.5.19 um 30,75%, wobei in den letzten 30 Tagen eine Zunahme von 4,09% eintrat, in der eine Lockerung der Geldpolitik zum Ausdruck kommt.

Das monetäre Aggregat M2 (Banknoten im Umlauf plus Giro- und Spardepositen), das sich auf Zahlungsmittel im weiteren Sinn bezieht, stieg in der gleichen Periode nur um 19,07%, aber in 30 Tagen um 3,18%.

Die gesamten Pesodepositen der lokalen Banken stiegen in 12 Monaten zum 6.5.19 um 31,67% auf \$ 3 Bio., und die gesamten Pesokredite nahmen um 3,48% auf \$ 1,62 Bio. zu. Die Dollardepositen stiegen um 11,93% auf u\$s 34,78 Mrd., und die Dollarkredite um 1,20% auf u\$s 16,30 Mrd. Umgerechnet in Pesos machen die Dollardepositen \$ 1,6 Bio. aus, 53% der Pesokredite. Doch Dollarkredite dürfen nur für Finanzierung von Außenhandelsgeschäften gewährt werden, so dass die Banken über u\$s 11,5 Mrd. verfügen, die sie ohne diese Beschränkung sofort ausleihen könnten.

Das Abkommen zwischen Regierung und führenden Lebensmittelunternehmen und auch anderen Unternehmen, die die Supermärkte mit Waren beliefern, über sogenannte "gepflegte Preise", die unter den normalen liegen, wurde bis zum 7. September erneuert. Die Preise wurden dabei um durchschnittlich 4,91% gegenüber denen erhöht, die ab Januar festgesetzt worden waren. Das ist viel weniger als die Preiszunahme, die die betroffenen Produkte allgemein in diesem Jahr erfahren haben, so dass diese Sonderpreise jetzt günstiger sind als bisher. Inbegriffen in die "gepflegten Preise" sind jetzt 543 Marken bestimmter Produkte.

AFIP-Direktor Leandro Cuccioli sagte vor Unternehmern, das Steueramt habe Unternehmen insgesamt im Rahmen von Moratorien und Genehmigungen, Steuern in Raten zu zahlen, Kredite gewährt, die einen Umfang von ca. \$ 300 Mrd. erreicht haben. Das sei mehr als die Kreditsumme der größten lokalen Bank, der Banco Nación, die nur \$ 280 Mrd. erreicht habe.

Die Regierung hat die Rückvergütungen (Subventionen) für Kfz-Exporte nach Mercosur-Staaten per Dekret 338/19 (Amstblatt vom 8.5.19) auf 6,5% erhöht. Im August 2018 war die Rückvergütung von 6,5% auf 2% gesenkt worden, so dass es sich jetzt um die Herstellungen des früheren Zustandes handelt.

Im April wurden 37.257 Automobile, Lastwagen und Nutzfahrzeuge ("pick ups" u.a.) in das offizielle Register eingetragen, 52% unter dem gleichen Vorjahresmonat und 4,8% unter März 2019, teilt der Agenturenverband Acara mit. Dies entspricht den Verkäufen der Agenturen an ihre Kunden. In 4 Monaten 2019 waren es 176.596 Einheiten, genau 50% unter dem Vorjahr.

Die Regierung hat die Schaffung eines Kompensationsfonds angekündigt, der bei Zahlungen von 35.000 Hypothekarkrediten des Procrear-Planes eingesetzt wird, wenn die Löhne um 10 Prozentpunkte unter der Inflation zunehmen, die im UVA-Index zum Ausdruck kommt, mit dem diese Kredite wertberichtet werden. Bei den neuen Krediten wird die monatliche Amortisationsquote um 1,5% erhöht, die für die Inflationsversicherung eingesetzt werden und den neuen Kompensationsfonds bilden. Doch zunächst belastet dies die ANSeS-Kasse und somit schließlich die Staatsfinanzen

Die Regierung hat das Programm "Ahorro 12" bis zum 31.8.19 wieder in Gang gesetzt, das in der Möglichkeit besteht, dauerhafte Konsumgüter in 12 und auch 18 Monatsraten zu zahlen. Doch dabei wird ein Zinssatz von 44,87% berechnet, der mit Provisionen und richtig berechnet auf 73,67% steigt. Bei 18 Raten sind das sogar 77,81%.

Die Umfrage der ZB über Inflationserwartungen

einer Gruppe privater Ökonomen hat um die 40% ergeben, 4 bis 5 Prozentpunkte mehr als vor einem Monat.

Im Mai wurde der Tarif von AYSA für die Wasserversorgung in der Bundeshauptstadt und 24 Bezirken der Umgebung um 27% erhöht. Im Januar hatte schon eine Zunahme von 17% stattgefunden. AYSA deckt mit dem Tarif die Kosten, hat jedoch einen Kredit von u\$s 500 Mio. aufgenommen, um Investitionen zu finanzieren.

Beim bilateralen Handelsaustausch mit Brasilien hatte Argentinien im April einen Überschuss von u\$s 4 Mio. der sich mit einem Defizit von u\$s 694 Mio. im April 2018 vergleicht, ergibt die Statistik des brasilianischen Ministeriums für Entwicklung, Industrie und Außenhandel. Die argentinischen Exporte sanken im April gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 6,7% auf u\$s 908 Mio., und die Importe aus Brasilien nahmen um 45,8% auf u\$s 904 Mio. ab. In den ersten 4 Monaten ergibt sich ein Überschuss für Argentinien von u\$s 338 Mio., der sich mit einem Defizit von 2,72 Mrd. im Vorjahr vergleicht.

Der Staat hat ein Grundstück von 6.750 qm im Stadtteil "Las Cañitas" (zwischen den Straßen Dorrego, Huergo, Clay und Báez) für u\$s 18 Mio. verkauft. Bei der Ausschreibung gab es nur ein Angebot, von der Firma Akinver. Auf dem Gebäude des Grundstücks ist heute das Sozialwerk der Streitkräfte (IOSFA) tätig, weshalb die Übergabe der Immobilie erst am 31.3.20 erfolgen soll. Vom Erlös gehen 30% an das Schatzamt und 70% an die Streitkräfte.

Das Amt für Staatseinnahmen, AFIP, hat eine Organisation vor Gericht angeklagt, die 170 Unternehmen geschaffen hat, die keine echte Tätigkeit hatten und sich nur mit der Ausstellung falscher Rechnungen befassen,

die ca. 2.000 Unternehmen benutzen, um Steuern zu hinterziehen. Der Gesamtbetrag der falschen Rechnungen liegt bei \$ 10 Mrd. Das zuständige Gericht hat die AFIP-Klage bestätigt und ist gegen diesen illegalen Verein ("asociación ilícita") vorgegangen. Es ist ein Meilenstein beim Kampf gegen die Hinterziehung, wobei sich andere Firmen, die auch falsche Rechnungen verwenden, überlegen werden, dass sie dabei Gefahr laufen, strafrechtlich belangt zu werden.

Der Weltmarktpreis der Sojabohne ist stark gesunken, was für Argentinien eine hohe Einbuße der Exporteinnahmen bedeutet. Nachdem Sojabohne in Chicago im Februar noch zu u\$ 350 je Tonne gehandelt wurde, sind es jetzt knapp über u\$ 300. Dieser Rückgang ist einmal auf eine geringere chinesische Nachfrage zurückzuführen, weil in China die Schweinepest ausgebrochen ist und ein bedeutender Teil des Schweinebestandes geopfert werden musste, so dass jetzt weniger Schweine gefüttert werden müssen. Als Ausgleich hat China jetzt den Import von Schweinefleisch aus Argentinien genehmigt, so dass das Sojamehl im Land zur Mästung der Tiere eingesetzt werden muss. Der Preisrückgang hängt auch mit dem Handelsstreit zwischen den USA und China zusammen, der zu einem hohen US-Angebot von Sojabohne auf dem Weltmarkt führt.

Der Index der Industrieproduktion des INDEC lag im März um 13,4% unter dem gleichen Vorjahresmonat und um 4,3% unter Februar 2019. Es sind jetzt schon 11 Monate in Folge mit interannuellen Rückgängen. Im März lagen Kfz um 33,6% unter dem Vorjahr. Die Industrie der Möbel u.dgl. verzeichnet -27,4%, die Metallindustrie -18,8%, Textilien, Bekleidung, Gerbereien und Schuhe -17,2%, Nahrungsmittel, Getränke und Zigaretten -7,7%.

Der Index der Bautätigkeit des INDEC (ISAC, Indicador sintético de la actividad de la construcción) lag im März 2019 um 12,3% unter dem gleichen Vorjahresmonat und um 3,5% unter Februar 2019.

Die Regierung hat die Lastenhefte für die Ausschreibung der Konzession des Hafens von Buenos Aires genehmigt. Die bestehenden Konzessionen laufen im Mai 2020 ab, und die Regierung beabsichtigt, dass es bei der Erneuerung nur noch eine ist. Die neue Konzession läuft auf 35 Jahre und kann auf 15 weitere Jahre verlängert werden. Dabei sind Investitionen in einer Größenordnung von u\$ 2 Mrd. vorgesehen. Für die ersten 10 Jahre muss sich der Konzessionär zu Investitionen von u\$ 760 Mio. verpflichten. Die Kapazität des Hafens soll dabei fast verdoppelt werden, von jetzt 1,4 Mio. Containern pro Jahr auf 2,7 Mio. 2030. Zu diesem Zweck sind schon u\$ 75 Mio. investiert worden, um die Hafensfläche zu erweitern und den Zugang von größeren Schiffen zu ermöglichen.

Im April haben die lokalen Fabriken von Automobilen, Lastwagen und Nutzfahrzeugen insgesamt 30.294 Einheiten erzeugt, 33,9% unter dem gleichen Vorjahresmonat, aber 3,7% mehr als im März 2019. Die Lieferungen an die Agenturen betragen 28.489 Einheiten, 60,9% unter dem Vorjahr, und die Exporte 20.532 Kfz, 3,2% über dem Vorjahr. Daraus ergibt sich, ohne Veränderungen des Bestandes zu berücksichtigen, ein Import von 18.723 Kfz., der somit unter den Exporten liegt.

Die sogenannte "statistische Gebühr", die beim Import erhoben wird und zum Zollsatz hinzukommt, wurde durch Dekret 332/19 von 0,5% auf 2,5% erhöht. Dadurch soll der Fiskus bis zu \$ 30 Mrd. jährlich an zusätzlichen Einnahmen erhalten.

Die AFIP hat im Amtsblatt vom 6.5.19 den Beschluss 4477 veröffentlicht, der sich auf die Möglichkeit bezieht, Steuerschulden in Raten zu zahlen. Ab 15. Mai können sich die Schuldner per Internet in die Web der AFIP eintragen, um sich dem Programm anzuschließen. Es kann auf bis zu 60 Monaten gezahlt werden, mit einem Zinssatz von 2,5%.

Landwirtschaftssekretär Luis Miguel Etchevehere besteht auf dem Beschluss 9/19, der bestimmt, dass bei der Verrechnung des Dollarbetrages der Exporte von landwirtschaftlichen Produkten der Kurs vom Vortag der effektiven Zahlung genommen wird, statt wie bisher, der Kurs, zu dem das Geschäft abgeschlossen wurde. Weder Produktions- und Arbeitsminister Dante Sica, noch die AFIP, sind damit einverstanden, weil dies faktische Schwierigkeiten schafft und die Kontrolle erschwere. Etchevehere hat eigentlich nur eine Lösung für ein Problem gesucht, dass anlässlich der starken kurzfristigen Kursschwankungen in letzter Zeit aufgekommen war.

Die Regierung hat kleine und mittlere Unternehmen (pymes) per Dekret 289/19 und 335/19, die bis zu u\$ 600.000 in einem Jahr exportieren, und dabei den Betrag des Vorjahres übertreffen, vom Exportzoll (\$ 3 oder \$ 4 pro Dollar) ausgenommen. Wenn der Betrag betroffen wird, zahlt das Unternehmen den Exportzoll nur auf die Differenz. Die Maßnahme gilt nicht für Exporte, die für Rechnung Dritter vollzogen werden.

Der IWF hat letzte Woche eine Mission nach Argentinien geschickt, die aus Roberto Cardarelli und Alejandro Werner (Leiter des östlichen Departements) besteht. Bei dieser vierten Revision des Abkommens geht es um eine Auszahlung von u\$ 5,5 Mrd., mit der 78% des Gesamtbetrages des Kredites von u\$ 57 Mrd. schon

ausgezahlt worden wären.

Die Zahl der wegen Arbeitsunfällen oder -krankheiten eingeleiteten Gerichtsverfahren lag 2018 um 39,6% unter dem Vorjahr, teilt die Aufsichtsbehörde der ART-Gesellschaften mit. Die Abnahme war noch höher in Córdoba (-74%), der Bundeshauptstadt (-63,7%), der Provinz Buenos Aires (-60,9%) und Mendoza (-54,3%), während in Santa Fe eine Zunahme verzeichnet, weil diese Provinz sich der Reform der Macri-Regierung nicht angeschlossen hat.

Das Schatzamt hat am Dienstag Schatzscheine in Dollar auf 70 Tage zu 4% für u\$ 988 Mio. und Lecap-Schatzscheine in Pesos auf 217 Tage zu 59,43% für \$ 31,12 Mrd. untergebracht. Das letzte Mal hatte das Schatzamt für Schatzscheine in Dollar 5,5% bezahlt. Gleichzeitig wurden Bonar 2024 für \$ 1,7 Mrd. zurückgezahlt.

Der Construya-Index, den die Lieferanten von Baumaterialien auf Grund ihrer Lieferungen berechnen, lag im April um 17,1% unter dem gleichen Vorjahresmonat, aber im 3,71% (saisonbereinigt) über März 2019. Die ersten 4 Monaten 2019 lagen um 16,8% unter dem Vorjahr.

Die Gewerkschaft der Erdölarbeiter hat mit den Unternehmen der Branche die Lohnrunde 2018/19 mit einer Lohnerhöhung von insgesamt 59,5% abgeschlossen, mehr als die Inflation. Im April 2018 wurde eine Zulage von 7,5% gewährt, der dann eine von 5% im Juli, eine weitere von 7,5% im Oktober, eine von 20% im Februar 2019, eine von 5% im März, und eine von 9,1% hinzukamen. Schließlich wurde noch eine Zulage von 5,1% gewährt.

Lateinamerika

In Brasilien lag die Produktion von Automobilen u.a Kfz im April 2010 um 11,1% über März, aber die Produktion der ersten 4 Monate 2019 lag mit 965.400 Einheiten um 0,1% unter dem Vorjahr. Der interne Umsatz lag in Mengen im April um 6,7% über dem Vorjahr, aber der Export ging interannuell um 52,3% zurück, weil viel weniger Kfz nach Argentinien geliefert wurden.

Der US-Getränkekoncern Pepsico will in den kommenden zwei Jahren u\$ 4 Mrd. in Projekte in Mexiko investieren. Unter anderem sei auch der Bau eines neuen Werks im mexikanischen Bundesstaat Guanajuato geplant. Die Pläne sollen zwischen 2019 und 2020 umgesetzt werden und 3000 neue Arbeitsplätze schaffen. U\$ 1 Mrd. soll den Angaben nach für lokale Rohstoffe ausgegeben werden. Dass der US-Getränkeriese ausgerechnet im Nachbarland Mexiko investiert, ist nicht ohne politischen Sprengstoff. US-Präsident Donald Trump hatte sich dafür eingesetzt, das Beschäftigungswachstum in den USA zu fördern. Unternehmen, die ihre Jobs ins Ausland verlagern wollen, drohte er mit Konsequenzen. (dpa)

Der Schmuggel macht in Lateinamerika mit u\$ 210

Mrd. jährlich 2% des BIP aus, gab die „Lateinamerikanische Allianz gegen den Schmuggel (ALAC) bekannt. An erster Stelle stehen dabei Zigaretten. In Argentinien habe der illegale Zigarettenimport, beidem die hohe Zigarettensteuer hinterzogen wird, den Fiskus \$ 8,5 Mrd. gekostet. 13% der Raucher in Argentinien haben 2018 geschmuggelte Zigaretten geraucht, u.a. weil sie billiger als die lokalen sind, die die Zigarettensteuer nicht hinterziehen können.

Die Arbeitslosigkeit in den USA ist auf den tiefsten Stand seit fast 50 Jahren gesunken. Die Arbeitslosenquote betrug im April 3,6%, teilte das US-Arbeitsministerium am Freitag mit. So niedrig war sie zuletzt im Dezember des Jahres 1969. Im März hatte die Quote noch bei 3,8% gelegen. Im April seien 263.000 Jobs neu auf den Arbeitsmarkt gekommen - deutlich mehr als Experten zuvor erwartet hatten. Die Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt führt Präsident Donald Trump auf seine Politik niedriger Steuern und auf den wirtschaftsfreundlichen Abbau von Regulierungen zurück. (dpa)

Geschäftsnachrichten

Mercado Libre

Dieses Unternehmen, kontrolliert von Marcos Galperín, hat jetzt einen Börsenwert von u\$s 28,67 Mrd., nachdem der Kurs der Aktien in New York Ende der Vorwoche um 20% stieg, so dass die Zunahme in 12 Monaten 45% beträgt. Der Börsenwert ist fünf Mal so hoch wie der von YPF, und doppelt so hoch wie der von Tenaris (vom Techint Konzern). Im 1. Quartal 2019 betrug der Umsatz umgerechnet u\$s 473,8 Mrd., 47,6% über dem Vorjahr, wobei die Zunahme in Pesos 92,9% betrug. Die Finanzabteilung des Unternehmens, Mercado Pago, hat im 1. Quartal 2019 143,9 Mio. Transaktionen im Wert von u\$s 5,64 Mrd. (82,5% über dem Vorjahr) durchgeführt. Der Gewinn betrug im 1. Quartal u\$s 11,9 Mio., während im gleichen Vorjahresquartal ein Verlust ausgewiesen worden war.

Arcor

Nachdem dieses Lebensmittelunternehmen, das größte Argentiniens, kontrolliert von Luis Pagani, im Jahr 2018 mit einem Verlust von über einer Milliarde Pesos schloss, hat die Firma eine drastische Rationalisierung eingeleitet. Zunächst wurde die Fabrik in San Pedro (Provinz Buenos Aires) stillgelegt, in der industrieller Alkohol erzeugt wurde. Danach wurde die Produktion von Glukose in der Fabrik in Arroyito (Provinz Córdoba) unterbrochen. Und jetzt wird die Fabrik von Tomatenkonserven, Fruchtsäften und Marmeladen in Mendoza, die zu ihrer Tochtergesellschaft "La Campagnola" gehört, geschlossen, und die Produktion in ihrer Fabrik in Villa Mercedes (Provinz San Luis) konzentriert. In San Luis betreibt Arcor auch eine Fabrik von Bagley, die sie mit der französischen Danone übernommen hat.

YPF-IMPESA

Der Erdölkonzern YPF hat einen Ofen 28 Meter Höhe und 22 Länge in Empfang genommen, der von der Firma IMPESA (Industrias Metalúrgicas Pescarmona), mit Fabrik in Mendoza, erzeugt wurde, und für die Heizung des Erdöls bestimmt ist, das in Vaca Muerta gefördert wird und eine höhere Temperatur erfordert, um raffiniert werden zu können. In den letzten 15 Jahren hatte IMPESA die Lieferungen an die lokale Erdölindustrie eingestellt, die sie vorher während 35 Jahren beliefert hatte. IMPESA hat das Vergleichsverfahren vor Gericht letztes Jahr abgeschlossen, wobei Enrique Pescarmona die Kontrolle des Unternehmens verloren hat, das jedoch als solches gerettet wurde. IMPESA widmet sich als Kerngeschäft der Erzeugung von Turbinen für Wasserkraftwerke.

Petrobras

Dieses brasilianische Erdölunternehmen hat beschlossen, den Anteil von 34% an der Gastrennungsanlage Mega zu verkaufen, die sie in Gemeinschaft mit YPF (38%) und Dow (26%) in Bahía Blanca betreibt. In der Anlage wird das Gas in seine Bestandteile getrennt, Ethan, Propan, Butan und Benzin, von denen Ethan in die Gasleitung geht und für den allgemeinen Verbrauch bestimmt ist, während Propan und Butan für die Petrochemie bestimmt sind. Die Anlage von Mega soll jetzt erweitert werden, was hohe Investitionen erfordert.

Metrogas

Dieses Gasverteilungsunternehmen, das einen Teil des Netzes der Bundeshauptstadt und Umgebung betreibt, und eine Tochtergesellschaft von YPF ist, bietet den Bewohnern der Gegend, die dem Netz nicht angeschlossen

sind, Kredite zu 16% (insgesamt sind es 17,33%) auf 60 Monate an, um den Anschluss zu finanzieren.

GreenSeed

Dieses Familienunternehmen, mit Sitz in San Pedro, Provinz Buenos Aires, das sich dem Anbau und Vertrieb von Obst und Gemüse widmet, hat die Produktion von fertigen Suppen aufgenommen, die in Flaschen von 500 ccm verkauft werden, und mit 8 verschiedenen Gemüsesorten, zum großen Teil aus eigener Produktion, erzeugt werden. Der Preis beträgt \$ 120 pro Flasche, und diese Suppen sind vorerst in Diätgeschäften erhältlich. Das Unternehmen peilt eine Produktion von 10.000 Liter pro Monat an.

Simplot

Diese US-Firma hat letzte Woche in Luján de Cuyo, Mendoza, eine Fabrik für vorgekochte gefrorene Kartoffeln ("papas fritas") eingeweiht, die sie gemeinsam mit Fabio Calcaterra (Vetter von Präsident Macri) errichtet hat. Es handelt sich um eine Investition von u\$s 140 Mio., und für 2020 wird ein Umsatz von u\$s 120 Mio. erwartet, von dem u\$s 100 Mio. auf Exporte entfallen. Die ersten Exporte, nach Chile und Brasilien, seien schon vollzogen worden. Bei der Einweihung war Minister Danta Sica und Gouverneur Alfredo Cornejo anwesend. Sica erklärte, diese Kartoffeln würden das zweite Exportprodukt der Provinz Mendoza sein, nach dem Wein. Calcaterra wies darauf hin, dass seine Verwandtschaft mit Macri bei der Kreditaufnahme von der Banco Nación störend gewirkt habe.

Ist Stabilisierung mit Wachstum statt Rezession möglich?

Von Juan E. Alemann

Die Macri-Regierung hat Mitte 2018, nach der Krise auf dem Devisenmarkt und dem Abkommen mit dem IWF, eine strenge Anpassungspolitik ("ajuste" auf spanisch, "adjustment" auf englisch) in Gang gesetzt, die einmal dazu bestimmt ist, das Defizit beim Staatshaushalt abzuschaffen, und dann die Inflation zu senken. Beides ist bisher nicht gelungen, und als unerwünschtes Nebenprodukt setzte eine Rezession ein, die sich weit über die Erwartung verlängert und der Macri-Regierung eine schlechte Note verleiht. Muss das sein, wie es Macri sagt, oder gibt es eine Alternative, wie es Kritiker behaupten? Der ehemalige Wirtschaftsminister Roberto Lavagna, der jetzt als eventueller Präsidentschaftskandidat auftritt, erklärte in Bezug auf die 10 Punkte, über die die Regierung eine Zustimmung von Oppositionspolitikern erwartet, dass er nicht einverstanden sei, weil in keinem Punkt von Wachstum die Rede sei.

Dass Argentinien nicht mehr mit einem Haushaltsdefizit wirtschaften kann, wird als Selbstverständlichkeit dargestellt, weil niemand dem Land die Mittel zur Verfügung stellt, um das Defizit zu decken. Und eine Finanzierung über die Notenpresse will man vermeiden, weil dies die Inflation anheizt. Das klingt sehr vernünftig, ist jedoch ein Wirklichkeit nicht so einfach. Halten wird zunächst fest, dass nur beim primären Defizit ein Erfolg erzielt wurde. Doch die Zinslast ist gestiegen und nimmt weiter zu, so dass das echte Defizit, das auch Zinsen einschließt, weiter hoch verbleibt und eventuell sogar steigt. Die Staatsverschuldung nimmt weiter zu, was die Zinslast erhöht, und außerdem zahlt das Staatsamt absurd hohe Zinsen, von über 70% für die Leliq-Schatzscheine. Um die Zinslast zu verringern muss der Staat sich in Dollar verschulden.

Denn Pesozinsen von 70% ergeben bei einer Abwertung von 40% (die höher als erwartet wäre) einen Dollarzinsatz von 30%, während der Staat sich in letzter Zeit in Dollar zu 4% bis 5,5%, verschuldet hat. Bei Dollarverschuldung würde das finanzielle Defizit stark abnehmen.

Methodologisch wäre es wichtig, wenn bei den Staatsausgaben laufende Ausgaben und Kapitalausgaben, also Aufwendungen für Staatsinvestitionen unterschieden würden. Denn ein Defizit, mit dem Investitionen finanziert werden, ist etwas grundsätzlich anderes als eines, mit dem laufende Ausgaben gezahlt werden. In Deutschland besteht eine doppelte Defizitregel: einmal darf es, wie es die EU in Maastricht vereinbart hat, 3% des BIP nicht übersteigen, und dann darf es nicht höher als die Kapitalausgaben sein. Viele öffentliche Investitionen werden mit langfristigen Krediten finanziert (der Weltbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank, der Andenkörperschaft, chinesischer u.a. Banken). In der staatlichen Buchführung wird dies als Defizitfinanzierung aufgeführt, obwohl es einen anderen Charakter hat. Bei der privaten Buchhaltung werden nur die Amortisationen von Investitionen als Ausgaben gebucht. Wenn Argentinien mehr Kredite dieser Art erhielte, um weitere Projekte zu finanzieren, die nicht im Haushaltsgesetz aufgenommen wurden, dann würde das Haushaltsdefizit zunehmen. Aber das hätte keine weiteren Folgen. Der IWF würde bestimmt Verständnis für diese methodologische Änderung zeigen, die eine große Bedeutung für die Wirtschaftspolitik hat.

Zur schrittweisen Senkung des primären Defizits hat die Regierung eine sehr strenge monetäre Politik hin-

zugefügt, mit dem Ziel, dass die monetäre Basis nicht zunimmt. Also keine Geldschöpfung mehr. Allein, in der Tat nimmt die monetäre Basis weiter zu, mit über 30% jährlich. Um das monetäre Ziel zu erreichen, wurden die Mindestreserven der Banken stark erhöht, was sich auf die Kreditfähigkeit des Bankensystems ausgewirkt hat. Die Bankkredite sind real stark zurückgegangen. Nachdem der Bankkredit ohnehin schon sehr gering war, hatte die erneute Senkung eine katastrophale Wirkung, da die Banken bestehende Kredite bei Verfall nicht erneuern konnten und so die Unternehmen in die Zahlungsunfähigkeit getrieben haben. Das hat auch dazu geführt, dass viele Firmen Steuern schuldig geblieben sind und dann von der AFIP gerichtlich belangt wurden, womit sich die Lage noch weiter verschlimmerte. Das wurde schließlich durch das neue Moratorium für Steuerschulden zum großen Teil gelöst. Aber im Grunde ist es wenig sinnvoll, dass das Steueramt und nicht die Banken den Unternehmen Kredite gewähren.

Eine rein monetäre Stabilisierungspolitik wirkt unvermeidlich rezessiv. Die argentinische Inflation ist im Wesen eine Kosteninflation, die durch die Änderung der relativen Preise, die Erhöhung der Tarife öffentlicher Dienste und der Preise importierter Güter und auch solcher, die auch exportiert werden, und Lohnerhöhungen, die auf die Preise abgewälzt werden, verursacht wird. Diese Art Inflation kann monetär nicht beherrscht werden, es sei denn, mit einer tiefen und langen Rezession, die politisch unhaltbar ist. Es muss eine Einkommenspolitik geben, die die Lohnpolitik, die Wechselkurspolitik, die Entscheidung über Finanzierung der öffentlichen Dienste (wie weit über Tarife und wie weit über staatliche Zuschüsse, also allgemeine Steuereinnahmen) und auch das Steuersystem im weiteren Sinn umfasst. Exportsteuern sind, wenn der Wechselkurs hoch ist, auch ein Mittel der Einkommenspolitik, weil dadurch eventuelle hohe Renten bei kostengünstigen Exportprodukten abgeschöpft werden.

Der konfliktivste Aspekt der Einkommenspolitik besteht in der Begrenzung der Lohnerhöhungen und Abschaffung der These der Reallohnhaltung. Selbstverständlich muss der Reallohn mittelfristig steigen, aber differenziert und als Ergebnis einer erhöhten Produktivität und des Wachstums. Eine Einkommenspolitik widerspricht dem Konzept einer reinen Marktwirtschaft, die alles löst. Sie erfordert staatliche Intervention, die jedoch vernünftig und nicht verzerrend sein muss, also "marktkonform". Präsident Macri und seiner Wirtschaftsführung ist das Konzept der Einkommenspolitik fremd, wie es u.a. die wilde Lohnentwicklung zeigt, die wir gegenwärtig erleben, bei der es keine Richtlinie gibt und in einigen Fällen, wie YPF, die Löhne über die Inflation hinaus erhöht wurden, und in anderen Fällen sehr wenig, so dass die Löhne stark auseinanderklaffen,

was den berechtigten Protest derjenigen herbeiführt, die zurückgeblieben sind.

Wenn jetzt Politiker und Wirtschaftler von einer grundsätzlichen Einigung sprechen, die einer Regierung erlaubt, unpopuläre aber notwendige Maßnahmen zu treffen, so denken diejenigen, die wissen wovon sie sprechen, an erster Linie an die Beherrschung der Gewerkschaften. Der Pakt von La Moncloa, der in Spanien nach dem Tod von Franco vollzogen wurde, und sehr erfolgreich war, der oft als Vorbild genommen wird, bezog sich im Wesen auf die Eindämmung der gewerkschaftlichen Forderungen, die nach der Franco-Diktatur im Zuge einer falsch verstandenen Demokratie aufgekommen waren. Denn Demokratie ist Freiheit mit Ordnung. Ohne dies entartet sie zur Anarchie.

Nur wenn die Inflation zurückgeht, tritt auch die Möglichkeit auf, dass die Wirtschaft dauerhaft wächst. Denn zunächst geht es darum, dass die Wirtschaft sich normalisiert, die Unternehmen korrekt kalkulieren und die Konsumenten rationell handeln können. Dabei kommt dann das Wachstum von selbst. Doch außerdem wirken dann auch andere Umstände: die vielen Investitionen in Infrastruktur, die die Macri-Regierung vorangetrieben hat, ebenfalls die vielen großen und kleinen privaten Investitionen, dann die technologische Revolution und auch die vernünftige Eingliederung in die Welt.

1991 gelang es der Menem-Regierung, mit Domingo Cavallo als mächtiger Wirtschaftsminister, zu stabilisieren, mit einem großen Erfolg in wenigen Monaten, der dann ein Jahrzehnt dauerte, und gleichzeitig zu wachsen, mit BIP-Zunahmen von 9% im Jahr 1991 und ebenso viel im Jahr 1992, und weniger danach. Bis 1998 waren es dann plus 60%. Das Geheimnis lag damals nicht nur im stabilen Wechselkurs, also der sogenannten "Konvertibilität", sondern in den umfassenden Privatisierungen, die hohe Auslandsinvestitionen mit sich brachten und der Wirtschaft einen phänomenalen Effizienzschub gaben. Die Stabilisierung wurde damals bei einer relativ hohen monetären Expansion erreicht. Die monetäre Politik war das Gegenteil der gegenwärtigen. Die Privatisierungen lassen sich jetzt nicht wiederholen, wobei es eventuell noch einige Möglichkeiten auf diesem Gebiet gibt. Das Wachstum fußt jetzt einmal auf der hohen nicht ausgelasteten Kapazität, der Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion, der Aufnahme der technologischen Revolution (die die ganze Wirtschaft strukturell ändert), und selbstverständlich auch auf Investitionen. Langfristig kommt noch eine bessere Ausbildung der Bevölkerung hinzu, also eine qualitative Verbesserung des Schulwesens und dessen Anpassung an die neue Welt, in der wir leben, die mehr bietet aber auch viel mehr von den Menschen fordert.

Der internationale Währungsfonds und Argentinien

Von Juan E. Alemann

Nach dem Zweiten Weltkrieg handelten die Siegermächte anders als nach dem Ersten. Angeführt von den Vereinigten Staaten von Amerika, vertraten auch Großbritannien und Frankreich das Konzept, dass man eine stabilere Struktur für die Weltwirtschaft schaffen müsse, ohne Rückblick auf die Gräueltaten des Krieges, ohne Strafen und Vergeltung, und mit Blick auf die Zukunft. Die Erinnerung an den großen Fehler, den die gleichen Siegermächte nach dem Ersten Weltkrieg begangen hatten, als sie von Deutschland unbezahlbare Reparationsgelder gefordert haben, wurde nicht wiederholt, und statt dessen gab es einen Marshall-Plan, der in einer gigantischen Hilfe für den Wiederaufbau von Deutschland bestand, die in heutigen Werten auf u\$ 70 Mrd. berechnet wird. Der Ökonom John Maynard Keynes hatte gleich nach dem Vertrag von Versailles auf die Folgen der Reparationszahlungen hingewiesen und sie als großen Fehler bezeichnet. In der Tat führten sie zur Hyperinflation von 1923 und dabei auch zum Aufkommen des Nazismus.

Dieses Mal wurde anders vorgegangen, auch weil die Gefahr bestand, dass die Sowjetunion in Europa vordringen oder zumindest kommunistische Regierungen herbeiführen könnte. Die Sieger kamen 1944 in Bretton Woods, USA, zusammen, und gründeten dort zunächst die Weltbank (Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) und dann, am 17. Dezember 1945, den Internationalen Währungsfonds. 29 Staaten beteiligten sich an der Gründung. Heute zählt der IWF 189 Mitglieder. Hinzu kam dann auch das GATT ("General Agreement on Tariffs and Trade"), das sich um freien Handel bemühte und in den 90er Jahren in Welthandelsorganisation umgewandelt wurde. Und dann kamen noch andere internationale

Organisationen hinzu. All das hat zum Frieden der Welt beigetragen und auch der Weltwirtschaft einen starken Schub gegeben.

Der Internationale Währungsfonds wurde gegründet, um Ländern, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befanden, zu helfen, sie zu überwinden. Der IWF gewährte Kredite, die grundsätzlich an zwei Bedingungen gebunden waren: die Sanierung der Staatsfinanzen, mit dem Ziel eines Gleichgewichtes beim Staatshaushalt, und die Überwindung von Ungleichgewichten bei der Zahlungsbilanz. Dabei hat der Fonds vielen Ländern geholfen, Krisen mit viel geringeren wirtschaftlichen und sozialen Kosten zu überwinden, als sie ohne diese Hilfe eingetreten wären. Beiläufig sei bemerkt, dass der Fonds den Vereinigten Staaten u.a. großen Staaten nicht helfen kann, weil er dabei überfordert würde. Im Fall von Griechenland hat der Fonds mitgewirkt, die Kernhilfe jedoch der Europäischen Union überlassen.

Argentinien trat zunächst, unter der Regierung von Perón, dem IWF nicht bei. Das entsprach dem nationalistischen und stark autarkischen Konzept von Präsident Perón. Erst nach der Revolution von 1955, mit Pedro Eugenio Aramburu als Präsident, trat Argentinien dem Währungsfonds und auch der Weltbank bei. Danach gab es viele "standby-Abkommen", die Argentinien verhalfen, die sich wiederholenden Zahlungsbilanzkrisen zu überwinden.

Der IWF hat strenge Regeln, und das kann wohl nicht anders sein. Denn sonst würde er seine Darlehen nicht zurückerhalten und sein Kapital aufbrauchen, und könnte nicht weiter tätig sein. Dennoch ist es dem Fonds nicht

gelungen, die sukzessiven argentinischen Regierungen zu einer effektiven Ordnung ihrer Staatsfinanzen zu führen. Unter der Menem-Regierung begrüßte der Fonds den großen Fortschritt, der damals erreicht wurde, mit Preisstabilität ab 1991, starkem Wachstum und Lösung vieler struktureller Probleme, und lud Präsident Carlos Menem sogar ein, um bei der Generalversammlung von 1998 eine Rede zu halten. Nie vorher hatte der Fonds einem Staatspräsidenten diese Ehre gewährt. Doch auch Menem enttäuschte den IWF schließlich, mit zu hohen Ausgaben, zum Teil mit Blick auf die Wahlen von 1999, und einem relativ hohen Defizit der Staatsfinanzen. Menem war am Schluss zum traditionellen Verhalten zurückgekehrt, statt den Kurs zu verhärten, um die erreichte Stabilität zu retten und die Katastrophe zu vermeiden, die 2001 eintrat. Schade.

Präsident Fernando de la Rúa (1999/01) schloss 2001 auch ein Abkommen mit dem Fonds ab, aber sein Wirtschaftsminister Cavallo begriff nicht, dass er die eingegangenen Verpflichtungen auch erfüllen musste. So senkte er 2001 die Unternehmerbeiträge zum Pensionssystem, ohne Genehmigung des Fonds, womit das Haushaltsdefizit stieg, und der Fonds zahlte dann eine Quote von über eine Milliarde Dollar nicht aus. Das führte direkt zu einer finanziellen Megakrise, die im Default endete. De la Rúa und Cavallo hatten offensichtlich den Ernst der Lage nicht begriffen, und der Fonds hat es auch nicht geschafft, es ihnen zu erklären. Damals hatte der Fonds eine sehr harte Haltung, die besonders die Vertreterin der USA, Anne Krueger, verkörperte. Sie meinte, dass die Staaten nur so dazu gebracht würden, sich an die Spielregeln des Fonds zu halten, in ihrem eigenen Interesse.

Das hat sich geändert, sehr betont seit Donald Trump Präsident der Vereinigten Staaten ist. Auf Druck der USA, aber mit Zustimmung der anderen Staaten, hat der Fonds im Juni 2018 beschlossen, Argentinien mit einer noch nie vorher gewährten Summe zu unterstützen. Dass dabei die persönliche Freundschaft von Mauricio Macri mit Donald Trump eine Rolle gespielt hat, mag sein; aber grundsätzlich ging es Trump darum, Argentinien nicht fallen zu lassen, und dem Land zu helfen, sich zu entwickeln, und dabei auch eine positive Wirkung auf ganz Lateinamerika zu haben. Argentinien ist für die Lateinamerikapolitik der Vereinigten Staaten sehr wichtig. Die Fondshilfe war im Wesen eine politische Entscheidung, die über die normale Funktion des IWF weit hinausging.

Der Fonds gewährte zunächst Mitte 2018 einen Kredit von u\$ 50 Mrd., der nach einigen Wochen um u\$ 7 Mrd. erhöht wurde. Der IWF setzte zunächst durch, dass der Wechselkurs frei schwanken müsse, ohne Intervention der ZB. Das entspricht der IWF-Doktrin, wobei dadurch auch vermieden wird, dass die Kapitalflucht erleichtert und indirekt vom Fonds finanziert wird. Doch einige Wochen

später, beim Zusatzabkommen, wurde eine Bandbreite eingeführt, innerhalb der der Kurs weiter frei schwanken sollte, aber der ZB wurde erlaubt, bei Übertretung der Obergrenze Dollar aus den Reserven zu verkaufen und bei Übertretung der Untergrenze Dollar zu kaufen, aber in beiden Fällen nur bis zu u\$ 150 Mio. pro Tag. Doch die Bandbreite war sehr hoch (30% von unten nach oben berechnet), so dass es weiter Kursschwankungen gab, die eine verheerende Wirkung auf die Wirtschaft hatten. Somit erlaubte der Fonds vor einigen Wochen den Verkauf von bis zu u\$ 60 Mio. pro Tag. Und dann wurde in der Vorwoche auch diese Regel aufgehoben, und eine direkte Kurspflege erlaubt, so dass zwar kein fester Wechselkurs besteht, aber Kursschwankungen minimal sein sollen. Der IWF hat erlaubt, dass u\$ 9 Mrd. für diesen Zweck eingesetzt werden können. Obwohl es nicht ausdrücklich erwähnt wurde, kann die ZB jetzt auch Dollar kaufen, um unerwünschte Schwankungen nach unten zu mildern. Die Grenzen der Bandbreite (\$ 39,755 und \$ 51,455) haben somit ihre ursprüngliche Bedeutung eingebüßt.

Schließlich hat sich die These der argentinischen Wirtschaftsführung, lies Dujovne, Sica und Sandleris, durchgesetzt, dass in Argentinien der Wechselkurs einen direkten Einfluss auf das Preisgefüge und die Konjunktur hat, wie in keinem anderen Land, wobei Kurssprünge wie der von 9% vor zwei Wochen, die Inflation sofort in die Höhe treiben. Und so ist es schwer, eine Wahl zu gewinnen. Dass es jetzt darum geht, hat Trump gut verstanden. Aber den Fondsbürokraten fiel es schwer, politisch zu denken und auch den Sonderfall Argentinien mit seinem bimonetären System zu verstehen, und entsprechend zu handeln.

Die argentinische Regierung hat mit der Zustimmung der US-Regierung gehandelt. Der IWF-Delegierte Cardarelli, der nach Argentinien geschickt wurde, um sich zu unterrichten, bestand zunächst auf der bisherigen Position des Fonds, war also nicht einverstanden mit der direkten Kurspflege, und hatte in diesen Sinn eine harte Diskussion mit ZB-Präsident Guido Sandleris. Doch schließlich wurde ihm mitgeteilt, dass der US-Vertreter im Fondsdirektorium, David Lipton, sich mit der argentinischen Position einverstanden erklärt hatte. Die US-Regierung hat sich durchgesetzt, und auch andere Regierungen, wie die von Deutschland, die am Anfang die IWF-Fachleute unterstützten, haben schließlich die US-Position unterstützt. Die großen Länder der Welt haben einen Blankoscheck an Argentinien ausgestellt, und Präsident Mauricio Macri muss jetzt zeigen, dass er dem Vertrauen würdig ist, das ihm die große Welt geschenkt hat. Es ist eine einzigartige Chance für Argentinien, aber auch eine Schicksalsfrage für das Land. Und dessen sollten sich auch die Oppositionspolitiker bewusst sein.